

«Wir müssen die Raumplanung besser erklären»

WZ 262

Die eingeforderte Mitsprache des Kantonsrats beim Richtplan bereitet dem St.Galler Kantonsplaner **Ueli Strauss-Gallmann** keine Bauchschmerzen. Der Leiter des Amtes für Raumentwicklung hat allerdings manches Fragezeichen betreffend Szenarien mit hohem Bevölkerungszuwachs.

MARCEL ELSENER

Herr Strauss, waren Sie am Montag im Kantonsrat – und am Abend entsprechend niedergeschlagen?

Ueli Strauss-Gallmann: Ich war nicht im Rat, sondern an einer Sitzung des dritten Agglomerationsprogramms St.Gallen. Niedergeschlagen weniger, vielmehr konsterniert, dass heutzutage eine Sachfrage einen solchen politischen Hickhack auslöst.

Bedeutet der Entscheid für mehr Mitsprache des Kantonsrats konkret Verzögerungen im laufenden Prozess für den neuen Richtplan?

Strauss: Garantiert. Der Start der Vernehmlassung verschiebt sich um ein halbes Jahr, und wenn das Referendum kommt, starten wir ein Jahr später. Wir machen am 17. März ja das letzte Gesamtforum mit den Gemeinden und wollten das Gesamtpaket im Mai in die Vernehmlassung schicken. Je nach Szenario, das der Rat im Juni festlegt, müssen wir mit den Gemeinden neue Gespräche führen. Man muss sich bewusst sein: Wir bezeichnen

jetzt das – bewusst eng gefasste – Siedlungsgebiet, hernach müssen die Gemeinden ihre Zonenpläne aufgrund der neuen gesetzlichen Vorgaben anpassen.

Der Kantonsrat will den Richtplan steuern, nachdem dies 20 Jahre lang die Regierung tat. Ihr Chef, Baudirektor Willi Haag, wehrte sich vergeblich dagegen. Wird jetzt alles komplizierter und langsamer?

Strauss: Kommt drauf an, wie das Parlament arbeitet. Die Kantone Thurgau und Zürich führen ständige Kommissionen für die Raumplanung; jene im Thurgau tagt dieses Jahr sechsmal. Wenn ich die Raumplanung aber alle vier Jahre einer Adhoc-Kommission erklären muss, braucht das Zeit. Bei eingearbeiteten Kommissionsmitgliedern mit Vorwissen kann es speditiv gehen. Der St.Galler Kantonsrat wollte bislang keine eigene Kommission.

Können Sie dem jüngsten Gezerre um die Raumplanung auch Positives abgewinnen?

Strauss: Wenn sich das Parlament um Strategien kümmert,

finde ich das persönlich sehr positiv. Wenn es denn wirklich gelingt und nicht zu ständigen Gefechten auf Nebenschauplätzen führt. Und ein erfolgreiches Referendum plus Abstimmung hiesse weitere und längere Publizität für die Raumplanung.

Manche befürchten im Rat endlose Diskussionen und, wie ein Kommentator meint, «den grossen Bauzonenbasar zwischen den Vertretern der verschiedenen Regionen».

Strauss: Die Gefahr besteht...

Hinter den Kulissen war im Kantonsrat Missmut gegenüber dem Baudepartement und dem Areg zu spüren. Nachvollziehbar?

Strauss: Wer in einer sogenannten Eingriffsverwaltung arbeitet, macht sich nicht beliebt. Und das Areg ist der Überbringer für alle möglichen im Einzelfall unerfreulichen Entscheide aus Umweltamt, Tiefbau, Forstverwaltung, Denkmalpflege und so weiter. Die Auflagen haben massiv zugenommen, fast überall ist unser Stempel drauf. Es gibt im Kanton praktisch keine Parzelle

mehr, auf der nicht eine öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkung wirkt. Wir sind immer in Interessenkonflikten – wenn jeder auf seine Spezialgesetzgebung beharrt, geht gar nichts mehr. Da müssen wir oft aufwendig den goldenen Kompromiss suchen, bei dem jeder ein wenig Haare lassen muss.

Im Juni wird der Kantonsrat die inhaltliche Diskussion über die Szenarien der Wachstumsentwicklung führen. Wo sehen Sie da vom Amt her Informationsbedarf?

Strauss: Wir müssen die komplexen Mechanismen des Raumpla-

nungsgesetzes besser erklären. So ist es uns noch nicht gelungen aufzuzeigen, dass das Bevölkerungswachstum nicht der allein seligmachende Faktor ist. Handkehrum kann mir niemand von den bürgerlichen Parteien erklären, woher denn die 80 000 bis 100 000 Zuwanderer in den nächsten 25 Jahren kommen sollen, die ein Szenario Hoch bräuchte. Denn bei 1,5 Kindern pro Frau schrumpft die Schweiz und entwickelt wie Deutschland oder Österreich eine Bevölkerungsurne statt einer Pyramide. Im Gegensatz zum Thurgau ist St.Gallen in den letzten zehn Jahren interkantonal nicht gewachsen, sondern hat jährlich 300 Einwohner verloren. Der Kanton St.Gallen ist nur über die internationale Zuwanderung gewachsen. Und wie diese bei den aktuellen Diskussionen über die Umsetzung der Zuwanderungsinitiative aussieht, ist offen.

Gibt es für Sie hervorragende Beispiele von Kantonen, die in der Raumplanung bereits «für die Zukunft aufgeräumt» haben?

Strauss: Vergleiche sind schwierig, jeder Kanton hat andere Szenarien, in Innerrhoden machen 300 zusätzliche Einwohner schon eine grosse Differenz. Die Bündner Situation ist sowieso speziell – hier das boomende Churer Rheintal, dort extreme Entleerungsregionen. Luzern setzt wie wir auf das Szenario Mittel. Hervorragend unterwegs ist der Kanton Zürich, der das Wachstum seiner Gemeinden sehr genau steuert und den Richtplan bereits überarbeitet hat.

Was hat Sie jüngst gefreut?

Strauss: Das war erst gestern in Wil die Reaktion der regionalen Gemeindepräsidenten, die den ganzen RPG-Prozess sehr positiv sehen. Lukas Keel, Gemeindepräsident in Uzwil, würde das zusätzliche Siedlungsgebiet nicht mal wollen, wenn er es haben könne – eben weil er Investoren anstatt das Bauen auf der grünen Wiese die Möglichkeiten zur Verdichtung nach innen zeigen will. Solche Beispiele freuen einen Raumplaner!



Bild: pd

Ueli Strauss-Gallmann

Leiter Amt für Raumentwicklung und Geoinformation (Areg)